



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie II: Soziale Nachhaltigkeit

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass bei der Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (VN) im Themenfeld Soziales in Bayern besonderer Handlungsbedarf besteht und bislang ungenutzte Handlungsmöglichkeiten vorliegen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Themenfeld Soziale Nachhaltigkeit als Transformationsbereich besonders hervorzuheben und die aktuell in der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie enthaltenen Ziele und Maßnahmen wie folgt zu ergänzen:

1. Wohnen

Ziel: Bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum überall im Freistaat.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem eine an Bau- und Grundstückspreisen angepasste und gut ausgestattete Wohnraumförderung, die Stärkung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus sowie Förderung gemeinschaftlicher Wohnformen; eine soziale Bodenpolitik, Begrenzung von Mieterhöhungen und Unterstützung fairer Vermietung sowie ressourcenschonendes und kreislaufgerechtes Bauen.

2. Gleichberechtigung

Ziel: Geschlechterparität in der Politik und mindestens 50 Prozent Frauen in öffentlichen Ämtern, Gremien und Führungspositionen im öffentlichen Dienst.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem die Verabschiedung eines Paritätsgesetzes, die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen, die Vereinbarkeit von Familie und kommunalem Ehrenamt zu stärken, sowie Job-Sharing in Führungspositionen der Landesverwaltung weiter auszubauen.

3. Gewaltschutz

Ziel: Vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem die Erarbeitung eines ressortübergreifenden Landesaktionsplanes zur Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und den Ausbau der Gewaltschutzinfrastruktur (Unterstützungsdiensten, Schutzunterkünften, und Krisenzentren).

4. Schulbildung

Ziel: Mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit für unsere Kinder.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem das Schulgesetz so zu ändern, dass fächerübergreifendes und selbstgesteuertes, individuelles Lernen

selbstverständlicher Bestandteil an den Schulen wird, sowie eine Änderung der jeweiligen Schulordnung, damit zeitgemäße Formate für (Abschluss-) Prüfungen, die Lernprozesse und Teamfähigkeit erfassen. Ferner sollen alle Schülerinnen und Schüler mittelfristig ab der 7. Klasse mit einem eigenen digitalen Endgerät ausgestattet werden, um modernen Unterricht zu ermöglichen. Schulen mit besonderen Herausforderungen müssen finanziell und personell unterstützt werden und Schulleitungen brauchen mehr Personal- und Budgetverantwortung, damit Schulen Gestaltungsspielräume hinsichtlich ihres Schulentwicklungsvorhabens erhalten.

5. Frühkindliche Bildung: Qualität und Zugänglichkeit

Ziel: Bedarfsgerechte und hochqualitative frühkindliche Bildung für jedes Kind in Bayern.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag eine Personal- und Qualifizierungsoffensive, Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der Frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung, sowie die Reduktion einkommensunabhängiger Kita-Beitragszuschüsse zugunsten von Investitionen in Kinderbetreuungsstrukturen, Qualität und Personal in der Kita. Dringend benötigt werden Maßnahmen zur Entlastung und Unterstützung des pädagogischen Personals, Stärkung der Leitung, Erweiterung der Teams und angemessene Vergütung auch der mittelbaren pädagogischen Tätigkeiten. Zusätzlich soll das Potenzial der Kindertagespflege in Bayern besser genutzt, die Qualität durch Qualifizierung und Verbesserung der Rahmenbedingungen erhöht und dadurch auch dem elterlichen Wahl- und Wunschrecht Rechnung getragen werden.

Begründung:

Um einen echten Transformationsprozess in der Gesellschaft zu fördern, braucht es mehr soziale Gerechtigkeit in Bayern. Eine starke Gesellschaft ist das Rückgrat für die nachhaltige Transformation gemäß der Agenda 2030. Dabei muss dem Menschenrecht auf bezahlbaren Wohnraum genauso nachgegangen werden wie der Gleichberechtigung der Geschlechter sowie anderer marginalisierter Personengruppen und dem Schutz vor geschlechterspezifischer Gewalt. Diese Rechte bilden u. a. das Fundament für ein menschenwürdiges Leben und Chancengerechtigkeit in Bayern. Dabei muss das Augenmerk vor allem auf den Kleinsten in unserer Gemeinschaft liegen. Die Staatsregierung muss endlich echte Chancen- und Bildungsgerechtigkeit in Bayern schaffen. Bildung muss jedem Kind in Bayern in gleichem Maß und derselben Qualität zugänglich sein. Nur wenn diese und viele weitere Aspekte sozialer Nachhaltigkeit in Bayern stärker gewichtet werden, kann ein nachhaltiger, sozialer Wandel gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat gelingen.